

Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
(43. - öffentliche - Sitzung am 3. Dezember 2015)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung und eines Gesetzes über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1631](#)

Nachdem die Koalitionsfraktionen zu diesem Thema eine eigene parlamentarische Initiative angekündigt hatten, verständigte sich der Ausschuss darauf, die Beratung des Gesetzentwurfs in der für den 7. Januar 2016 vorgesehenen Sitzung fortzusetzen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Mediengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4540](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort und hörte in diesem Zuge den Landesrechnungshof an. Ferner schloss er die Vorbereitung einer Anhörung zu dem Gesetzentwurf ab.

3. **Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4524](#)

Der Ausschuss schloss die Vorbereitung einer Anhörung zu dem Gesetzentwurf ab.

4. **Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Online-Angebote von Zeitungen und anderen Medien**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3320](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. Die Koalitionsfraktionen kündigten die Vorlage eines Änderungsantrags an. Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Beratung in der für den 7. Januar 2016 vorgesehenen Sitzung abzuschließen.

5. **Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 1. Dezember 2015 auf Unterrichtung über den neu vorgelegten LROP-Entwurf der Landesregierung**

Der Ausschuss beriet den Antrag und beschloss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Abwesenheit der FDP-Fraktion, über den Antrag nicht in dieser Sitzung, sondern im Rahmen einer zusätzlichen Sitzung am Rande des Dezember-Plenums zu entscheiden.

6. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Es wurden keine Unterrichtungswünsche zu EU-Vorlagen vorgebracht.

7. **Ausschussreise im ersten Halbjahr 2016 auf die Iberische Halbinsel**

Die Landtagsverwaltung informierte über den Stand der Planung.

8. **Terminabsprachen, Verschiedenes**

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.